

21SN-24ME
AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Zahl: **wie umstehend**
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betr.: **wie umstehend**

SALZBURG, am **23. NOV. 1983**
Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

Adresse der zuständigen Dienststelle:
Chiemseehof
Telefon: (06222) 41561-0*
Klappe: 2580/HR Dr. Hueber

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung
Landhaus
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung
Arnulfplatz 1
9020 Klagenfurt
3. das Amt der Nö. Landesregierung
Herrengasse 9
1014 Wien
4. das Amt der Oö. Landesregierung
Klosterstraße 7
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Hofgasse
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung
Maria-Theresien-Straße 43
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Landhaus
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung
Lichtenfelsgasse 2
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Nö. Landesregierung
Schenkenstraße 4
1014 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Dr. Oitzwanger

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	35 -GE/19-83
Datum:	29. NOV. 1983
Verteilt	1983-12-11 <i>Fröner</i>

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

23.11.1983

SALZBURG, am

Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 527

An das

Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2

1014 Wien

Adresse der zuständigen Dienststelle:

Chiemseehof

Telefon: (06222) 41561-0*

Klappe: 2428/Dr. Hammertinger

Zahl: O/1-608/12-1983

(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Betr.: Musterentwurf für Bundesanstaltengesetze;
Stellungnahme

Bzg: do.Zl. 602 662/1-V/A/2/82

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Musterentwurf nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

In § 4 des Entwurfes besteht die Wahlmöglichkeit zwischen der Bezeichnung als Betrieb oder als betriebsähnliche Einrichtung. Nachdem in den Erläuterungen auf die Parallelität zwischen dem Bundeshaushaltsgesetz und dem vorliegenden Musterentwurf hingewiesen wird, sollte auch in der Bezeichnung die notwendige Übereinstimmung hergestellt werden. Das Bundeshaushaltsgesetz spricht in diesem Zusammenhang von Betrieben und betriebsähnlichen Einrichtungen.

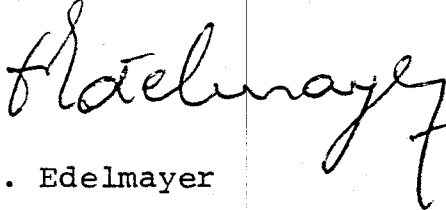
Das Prinzip der Kostendeckung des Anstaltstarifes sollte grundsätzlich in allen Fällen vorgesehen werden. Eine Ausnahme hiervon nur im Einzelfall zu gewähren, würde ebenfalls die gewünschte Angleichung an das Bundeshaushaltsgesetz herbeiführen.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Ver-

- 2 -

bindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Edelmayer
Landesamtsdirektor